Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (PS/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Warum die Deutschen so früh in Rente gehen
2. Ende des Transatlantizismus?
3. Griechenland: "Gut für Europa"
4. Putins Falle
5. Vom gescheiterten Banker zum Chef der Eurogruppe
6. Arbeitsvolumen lag im dritten Quartal 2017 auf dem höchsten Stand seit 25 Jahren
7. Geringverdienern droht Altersarmut
8. Altersarmut muss nicht sein
9. Hamid Karzai – Der Machiavelli von Kabul
10. EU: Rüstung ohne Rechtsgrundlage
11. "Mit viel Respekt, aber ohne Angst": Wiesbadener bereitet sich auf Bundeswehr-Einsatz in Mali vor
12. Mächtige Wohltäter: Gutes tun mit Kosten-Nutzen-Analyse
13. Flüchtlingspolitik: Mehr Klagen gegen Asylbescheide erfolgreich
14. Kubicki stiftet Verwirrung über Jamaika-Neuauflage
15. Demos gegen den Parteitag der AfD – und was ist mit der FDP, der CDU, den Grünen und der SPD?
16. Studie: Fast jeder fünfte Viertklässler kann nicht richtig lesen
17. YouTube baut Inhalte-Kontrolle massiv aus und stockt Zahl der menschlichen Prüfer auf 10.000 auf
18. Russische Athleten dürfen nur unter neutraler Flagge starten

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Warum die Deutschen so früh in Rente gehen**
   Wenn die Deutschen nicht pünktlich in Rente gehen wollen, können sie länger arbeiten – aber kaum einer tut es. Ein Experiment von Universität Mannheim und F.A.Z. zeigt Gründe dafür. […]
   Mehr als 3000 F.A.Z.-Leser wurden gefragt, unter welchen Bedingungen sie wie in Rente gehen würden. […] Immer fragten die Forscher, ob die Leute lieber mit 63 oder

mit 67 Jahren in Rente gehen würden und wie hoch der Rentenunterschied dafür sein müsste. Die Hälfte der Leute aber wurde gefragt, ob sie mit 67 Jahren in Rente gehen würden und welche Abschläge sie hinnehmen würden, um vier Jahre früher zu gehen. Die andere Hälfte wurde gefragt, ob sie mit 63 Jahren in Rente gehen würden und wie weit die Rente steigen müsste, damit sie erst vier Jahre später gehen.
Allein dieser Unterschied in der Frage änderte die Antworten fundamental: Wenn sie „früher" in Rente gehen würden, würden sie für die vier Jahre einen Rentenunterschied von durchschnittlich 327 Euro im Monat für angemessen halten. Wenn es aber darum geht, „später" in Rente zu gehen, sind die vier Jahre in ihren Augen plötzlich 764 Euro wert – ziemlich genau das Doppelte. […]
Die Studienautoren empfehlen dem Staat, schon mal die Rentenauskunft neutraler zu gestalten und die Deutschen besser über Zu- und Abschläge zur Rente zu informieren. Später in Rente zu gehen – darüber steht auf dem Brief überhaupt nichts. Doch die Ergebnisse der Studie legen noch etwas anderes nahe: Vielleicht müsste der Rentenabschlag für Frührentner noch kräftiger werden.
Quelle: FAZ

Anmerkung Jens Berger: *Willkommen in der Parallelwelt der FAZ-Wirtschaftsredaktion. In Zeiten, in denen viele Arbeitgeber Mitarbeiter über 50 Jahren ohnehin lieber heute als morgen auf die Straße setzen würden, kramt Patrick Bernau den angestaubten Homo Oeconomicus aus der Schublade abgelegter Ideologien und stellt die Frage des Renteneintrittsalters als freiwillige Entscheidung der Arbeitnehmer dar, die einzig und allein von finanziellen Boni und Mali im Rentensystem abhängt. Und dann bringt er auch noch absurde Zahlen ins Spiel. 764 Euro Rentenbonus pro Monat für „Spätverrentete"? Das sind nur 23 Euro weniger als die durchschnittliche komplette Altersrente in Westdeutschland. Typisch FAZ auch die „Lektion" am Ende des Artikels. Kürzungen als Allheilmittel für die Sozialsysteme. Patrick Bernau ist übrigens Jahrgang 1981, also zarte 36 Jahre alt. Vielleicht sollte er einfach mal eine Woche ein Praktikum als Krankenpfleger, Bauarbeiter oder Landschaftsgärtner machen, um zumindest einmal grob Einblick in die echte Welt zu bekommen, die mit der Parallelwelt der FAZ nur recht wenig zu tun hat.*

2. **Ende des Transatlantizismus?**
   Zugegebenermaßen macht es der US-Präsident den Anhängern des atlantischen Westens nicht gerade leicht. (…) Auch überzeugte Atlantiker können nicht leugnen, dass die politische Hauptgefahr für die „atlantische Wertegemeinschaft" nicht von Moskau oder Peking, sondern von Washington ausgeht. Im Unterschied zu den Antiamerikanisten ist diese „Wertegemeinschaft" für sie aber nicht nur eine Floskel,

hinter der sich das Weltmachtstreben der USA verbirgt, sondern eine Errungenschaft, die unter Druck geraten ist, die es aber zu bewahren und in die Zeit nach Trump hinüberzuretten gilt. Wir brauchen beides: Mehr Europa und Demokratie einerseits und die Bewahrung der transatlantischen Grundlagen für die Zeit nach Trump andererseits. Den Vormarsch autoritärer Strukturen und Personen müssen die Demokratien mit einer „Demokratisierung der Sicherheitspolitik" beantworten. Denn: Demokratie und Frieden sind untrennbar.
Quelle: Rolf Mützenich im IPG Journal

Anmerkung unseres Lesers H.K.: *Das ist wirklich furchtbar, solche Ungereimtheiten und Desorientierungen in außenpolitischen Fragen von einem einflussreichen SPD-Mitglied zu lesen.*

3. **Griechenland: "Gut für Europa"**
   Nach der gestrigen Zustimmung der Euro-Finanzminister zu einem neuen Kürzungsdiktat für Athen stehen der griechischen Bevölkerung weitere Schritte in die Verarmung bevor. Die Maßnahmen, auf die sich Ende vergangener Woche die griechische Regierung, die zuständigen EU-Institutionen und der IWF geeinigt haben, sehen beispielsweise die Ausweitung von Zwangsräumungen vor; Kritiker warnen vor einer Zunahme der Obdachlosigkeit. Gleichzeitig wird der Ausverkauf staatlichen Eigentums mit der Veräußerung von vier Kraftwerken fortgesetzt. Gewerkschaften kündigen Proteststreiks an, können sich aber nicht sicher sein, ob sie sie durchführen dürfen: Auf Druck Brüssels wird das Streikrecht empfindlich eingeschränkt. Dabei erweisen sich selbst angebliche erste Erfolge wie etwa ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit als Augenwischerei: Der Rückgang basiert auf einer dramatischen Zunahme besonders schlecht entlohnter Teilzeitarbeit, die die Armut nicht verringert, sondern sie langfristig sogar konsolidiert.
   Quelle: German Foreign Policy
4. **Putins Falle**
   Der ehemalige NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen hat am 1. Dezember 2017 in einem Interview mit der Bild-Zeitung das Nord Stream 2-Pipeline-Projekt als eine Falle Russlands bezeichnet, in die Deutschland hineinspaziere, mit schwerwiegenden Konsequenzen für seine europäischen Nachbarn. (…) US-Diplomaten schlagen in die gleiche Kerbe. In einer Telefonkonferenz am 29. November 2017 sagte der stellvertretende Staatssekretär John McCarrick gegenüber europäischen Journalisten, dass US-Offizielle "keine Möglichkeit sehen, dass Nord Stream 2 gebaut werden kann". (…) Beobachter gehen davon aus, dass hinter den Attacken gegen das Projekt weniger Bemühungen um eine Diversifizierung des

europäischen Energiemarktes stehen als vielmehr geopolitische Interessen Washingtons, als deren Teil auch die Hoheit bei Gaslieferungen nach Europa zur Debatte steht.
Quelle: Telepolis

5. **Vom gescheiterten Banker zum Chef der Eurogruppe**
Portugals Finanzminister Mário Centeno wird neuer Chef der Eurogruppe. Die Berufung ist für den promovierten Ökonomen die Krönung eines späten, rasanten Aufstiegs – und Hoffnung für Griechenlands Regierung. Seinen Ritterschlag hat Mário Centeno schon im Frühjahr erhalten. Von Wolfgang Schäuble, ausgerechnet. Centeno sei der "Ronaldo" unter den EU-Finanzministern, lobte der Deutsche im Mai seinen portugiesischen Amtskollegen. Es war die größtmögliche Anerkennung für Centenos Arbeit, hatte Schäuble doch zuvor monatelang keine Chance ausgelassen, die Linksregierung in Lissabon anzuprangern wegen ihrer Abkehr vom strikten Sparkurs. Doch dann wurde Schäuble vom Kritiker zu Centenos Karrierebeschleuniger. (…) Auch Alexis Tsipras hat ausschließlich gute Worte für ihn übrig. Centenos Kandidatur sei "hoffnungsvoll" sagte Griechenlands Premier vergangene Woche der Zeitung "Diario de Noticias". Und fügte hinzu: "Er hat uns den Weg gezeigt." Griechenland werde es genauso machen, wenn es einmal die Auflagen der internationalen Geldgeber los sei.
Quelle: Spiegel Online

Anmerkung unseres Lesers H.K.: *Da will man sich wohl jemanden zurecht definieren. Dieses vergiftete Lob zur Austerität light zeigt, wohin man diesen Mann manövrieren will. Dass ausgerechnet Alexis Tsipras in diesem Zusammenhahng zitiert wird, kann man wohl nur als Lachnummer bezeichnen.*

6. **Arbeitsvolumen lag im dritten Quartal 2017 auf dem höchsten Stand seit 25 Jahren**
Im dritten Quartal 2017 arbeiteten die Erwerbstätigen in Deutschland insgesamt 15,36 Milliarden Stunden. Das sind 1,3 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. (…) Die Erwerbstätigkeit ist im dritten Quartal 2017 gegenüber dem Vorjahresquartal mit 1,5 Prozent erneut kräftig gestiegen und lag bei 44,5 Millionen Personen. „Der Aufwärtstrend beim Arbeitsvolumen beruht auf der stark steigenden Zahl von Beschäftigten", sagte Enzo Weber, Leiter des IAB-Forschungsbereichs „Prognosen und gesamtwirtschaftliche Analysen".
Quelle: IAB
7. **Geringverdienern droht Altersarmut**
Geringverdiener haben in Deutschland ein besonders hohes Risiko, im Rentenalter in die Armut zu rutschen, ergibt eine Untersuchung der OECD. Extrem sei zudem auch

die Renten-Ungleichheit von Männern und Frauen.
Quelle: Süddeutsche Zeitung

Anmerkung unseres Lesers H.K.: *Leider kommt der in der Überschrift dargestellte Zusammenhang zwischen geringen Einkommen und niedrigen Renten im Text nicht mehr vor. Sonst hätte man dort etwas über die Notwendigkeit der substantiellen und leistungsgerechten Einkommenserhöhungen lesen können. Leider Fehlanzeige. Stattdessen wird ausschließlich über eine Solidarrente gesprochen, die völlig losgelöst von der Problematik des Niedriglohnsektors ins Gespräch gebracht wird. Wohlfahrt statt Gerechtigkeit. Da sind sie wieder, die Gefühlsadeligen, die gönnerhaft Münzen unter das Volk streuen.*

8. **Altersarmut muss nicht sein**
   Pensionistin müsste man sein, in Österreich! Das denkt sich so manche deutsche Ruheständlerin mit Blick auf ihren kargen Rentenbescheid. Denn es hat sich herumgesprochen, dass die Renten in der Alpenrepublik deutlich höher liegen als in Deutschland. Grundlage für gute Altersbezüge sind in beiden Ländern Beitragszahlungen, die gute Erwerbsbiografen widerspiegeln. Aber fahren bloß Beschäftigte, die lange und viel eingezahlt haben, in Österreich besser? Oder gilt das auch für diejenigen, die nur geringe Ansprüche gesammelt haben? Dem sind Florian Blank vom WSI und Erik Türk von der Arbeiterkammer Wien nachgegangen. Sie haben die deutsche „Grundsicherung im Alter“ mit dem österreichischen System der „Ausgleichszulagen“ und „Mindestsicherung“ verglichen und beide Arrangements auf ihre „Armutsfestigkeit“ untersucht. Ergebnis: Staatliche Programme in Österreich leisten einen „größeren Beitrag zur Milderung von Altersarmut“. Das heißt zwar nicht, dass es in Österreich keine Altersarmut gäbe. Allerdings liegt die Armutsquote Älterer dort merklich niedriger als in Deutschland. (…) Politisch müsse es in Deutschland nun darum gehen, die „strukturelle Armutsfestigkeit“ des öffentlichen Rentensystems wiederherzustellen. Das Beispiel Österreich zeige einen möglichen Weg auf.
   Quelle: Böckler Impuls

   Anmerkung Christian Reimann: *Seit vielen Jahren ist das Thema Rente ein Schwerpunkt-Anliegen der NachDenkSeiten. Bitte lesen Sie dazu z.B. erneut:*

   a. *Es ist höchste Zeit die gesetzliche Rente wieder armutsfest zu machen*
   b. *Wer den von der Anstalt belegten Ausverkauf bei Rente und Autobahn begriffen hat, versteht nicht mehr, dass CDU, CSU und SPD überhaupt noch Wähler haben*

9. **Hamid Karzai – Der Machiavelli von Kabul**
   Obwohl er seit 2014 kein offizielles Amt mehr innehat, ist der afghanische Ex-Präsident in Afghanistan und im Ausland omnipräsent
   Als Hamid Karzai im Hauptsaal des Hauses Villigst in Schwerte eintrifft, ist der Fokus des Publikums auf ihn gerichtet. Mitsamt seiner Entourage, bestehend aus Bodyguards und Beratern, ist der afghanische Ex-Präsident angereist, um an der Afghanistan-Tagung der Evangelischen Kirche von Westfalen teilzunehmen.
   Karzai umgibt eine Aura. Das merken auch die zahlreichen Deutschen im Publikum. Seine Karakulmütze, sein Umhang, sein freundliches Winken, so, als ob er mit jedem irgendwie befreundet wäre, sind nicht nur einprägsam, sondern ziehen die Anwesenden irgendwie an und faszinieren.
   Seit 2014 bekleidet Karzai kein offizielles Amt mehr. Dennoch ist er omnipräsent – sowohl in Afghanistan als auch im Ausland. Mal taucht Karzai auf politischen Veranstaltungen auf und lobt die gegenwärtige Kabuler Regierung, mal gibt er internationalen Medien Interviews, in denen er sie scharf kritisiert.
   Quelle: Telepolis
10. **EU: Rüstung ohne Rechtsgrundlage**
    Mit dem Rückzug der USA von der Weltbühne werden Forderungen nach einem stärkeren europäischen Engagement laut. Ein Schritt zur Selbstbehauptung der EU soll die Einrichtung eines gemeinsamen Rüstungshaushalts werden. Den bisherigen Plänen fehlt aber die rechtliche Grundlage, kritisieren die linke Europaabgeordnete Sabine Lösing und Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisierung.
    Quelle: Blätter für deutsche und internationale Politik
11. **“Mit viel Respekt, aber ohne Angst”: Wiesbadener bereitet sich auf Bundeswehr-Einsatz in Mali vor**
    Für die meisten Wiesbadener ist der westafrikanische Staat Mali furchtbar weit weg. Über die Zustände vor Ort und die Lebensbedingungen der Menschen wissen sie nicht viel. Doch für einen Wiesbadener dreht sich derzeit alles um dieses Land: Philipp. Der 28-Jährige ist Bundeswehroffizier und bereitet sich mit seinen Kameraden auf einen sechsmonatigen Auslandseinsatz in Mali vor, der im Laufe des kommenden Jahres beginnen soll. (…) Bei der Bundeswehr gibt es klare Regeln und Hierarchien. Was manchen abschreckt, mag Philipp: „Ich bin von Natur aus eher ein fauler Mensch und war es nicht unbedingt gewohnt, mich unterzuordnen. In diesem Sinne hat mich die Bundeswehr noch mal erzogen. Sie hat mir Struktur gegeben und ein System, in dem ich erfolgreich sein kann.“ Deutschland zu dienen – für Philipp ist das mehr als ein Werbeslogan. Es ist der Grund, aus dem er Soldat ist, und der ihn täglich motiviert. (…) „Wir unterstützen die malischen Streitkräfte und helfen ihnen bei der Stabilisierung des Landes.“ Den Einsatz zu bewerten, das stehe ihm nicht zu, sagt

Philipp. „Aber ich vertraue dem Bundestag, der uns dorthin entsendet.“ (…) Trotz der Risiken: Philipp freut sich auch auf den Einsatz. „Dort können wir zeigen, was wir gelernt haben und ich darf Menschen führen, was eine große und tolle Aufgabe ist“, sagt er. „Außerdem hat die Bundeswehr viel in mich und meine Entwicklung investiert. Ich möchte etwas zurückgeben.“
Quelle: Wiesbadener Kurier

Anmerkung unseres Lesers P.K.: *Eine Serie im Wiesbadener Kurier nach dem Motto „Wie schön ist doch das Soldatenleben“. Was hat die Bundeswehr eigentlich in Mali zu suchen? Wird die Bundesrepublik jetzt nicht nur am Hindukusch „verteidigt“ sondern auch jetzt südlich der Sahara? Gilt das Grundgesetz für den Einsatz von deutschen Soldaten zur Verteidigung der Landesgrenzen nicht mehr? Kein Wunder, dass immer weniger junge Manschen sich für den „freiwilligen“ Dienst in der Bundeswehr begeistern. Ob die Artikelserie im Wiesbadener Kurier hilft, den Einsatz in Mali und anderswo als „Abenteuer für richtige Männer“ zu verkaufen und Werbung erfolgreich für die Aufstockung des Personals leisten wird, will ich nicht hoffen.*

12. **Mächtige Wohltäter: Gutes tun mit Kosten-Nutzen-Analyse**
Philantropen wie Bill Gates und Mark Zuckerberg lassen sich beim Spenden nicht nur von der Nächstenliebe leiten, sondern auch von Kosten-Nutzen-Analysen. Auch in Deutschland gibt es Dienstleister, die Organisationen in ihrem Spendeverhalten optimieren. Viele Experten glauben, dass mehr Effektivität dem Hilfssektor tendenziell guttut.
Quelle: Süddeutsche Zeitung

Anmerkung unseres Lesers H.K.: *So wie einst Adelige auf dem sonntäglichen Kirchgang ein paar Münzen unter die Armen warfen und gleichzeitig an sieben Tagen in der Woche das Geld für sich arbeiten ließen. Heute geschieht dies mit der passenden Rechtsform und geeigneten Anlagestrategen zur Mehrung des eigenen Wohlstands. Die Menschen werden philantropisch ‘geimpft’ – staatliches Handeln in diesem Zusammenhang wird aus Kostengründen untersagt – und die Pharmaindustrie beschenkt die Philantropen. Die SZ ist wirklich zu feige, dies ausreichend transparent zu machen.*

13. **Flüchtlingspolitik: Mehr Klagen gegen Asylbescheide erfolgreich**
Die Zahl der Klagen von Flüchtlingen gegen Asylbescheide hat 2017 stark zugenommen. Wie das Bundesamt für Flüchtlinge mitteilte, fielen dabei deutlich mehr

Urteile zugunsten der Kläger aus: Hatte 2016 nur jede zehnte Klage Erfolg, war es 2017 jede vierte. (…) Dass die Zahl der Asylklagen seit 2013 kontinuierlich gestiegen ist, hängt nach Einschätzung des Bundesamtes auch damit zusammen, dass sich vermehrt syrische Flüchtlinge mit dem ihnen gewährten subsidiären Schutz nicht zufrieden geben. Diese Flüchtlingsgruppe darf zwar im Land bleiben, aber vorerst nicht ihre im Herkunftsland gebliebene Familie nach Deutschland nachholen.
Quelle: Tagesschau

14. **Kubicki stiftet Verwirrung über Jamaika-Neuauflage**
Mit dem Abgang der FDP waren die Jamaika-Verhandlungen geplatzt. Nun sagt Parteivize Kubicki: Sollten die Groko-Gespräche scheitern, werde die FDP die Lage neu bewerten.
Quelle: Zeit Online

Anmerkung unseres Lesers H.K.: *Da soll wohl die SPD vor den Gesprächen mit der CDU eingeschüchtert werden. Wenn wir Glück haben, geht der Plan auf und die SPD findet genügend Zeit und Kraft, sich auf ihre eigene programmatische Stärke zurückzubesinnen, bevor sie realistische Handlungsoptionen, z.B. für eine Regierungsbeteiligung mit wem auch immer, auslotet.*

15. **Demos gegen den Parteitag der AfD – und was ist mit der FDP, der CDU, den Grünen und der SPD?**
Wenn die AfD ihren Parteitag abhält, bleibt kein Stein auf dem anderen. Im doppelten Sinne, vielleicht sogar im dreifachen Sinne, wenn man die Aktion des Zentrums für Politische Schönheit mit hinzurechnet. Da wird demonstriert, was das Zeug hält, da marschieren DGB und Linke Seit‘ an Seit‘, um deutlich zu machen, was sie von der AfD halten. Und schnell sind auch Vergleiche aus der Zeit der Machtergreifung – oder Machtübergabe, je nach Standpunkt – auf dem Tisch. Damals, ja, damals, fing es auch so an. Oder so ähnlich. Jedenfalls: Wehret den Anfängen! […]
Demos gegen den Parteitag der AfD? Ok, einverstanden. Dann aber bitte auch gegen CDU, CSU, FDP, Grüne und SPD, die uns dahin gebracht haben, wo wir jetzt sind. Erst dann wird es nobel, gegen die AfD und ihren Parteitag zu demonstrieren, erst dann wird es schlüssig und folgerichtig.
Quelle: Neulandrebellen
16. **Studie: Fast jeder fünfte Viertklässler kann nicht richtig lesen**
Viele Grundschüler in Deutschland haben massive Schwierigkeiten beim Lesen. Das zeigt die neue Iglu-Studie. (…) Andere Länder haben aufgeholt – und damit Deutschland überholt, so dass Deutschland im internationalen Vergleich nicht mehr im oberen Drittel landet, sondern eher im guten Mittelfeld. (…) 2001 gab es nur vier

Länder, die signifikant besser abschnitten. 2016 sind 20 Länder signifikant besser. Quelle: Spiegel Online

Anmerkung J.K.: *Einer der entscheidenden Sätze: "Für keinen Teilnehmer zeigen sich im Vergleich mit Deutschland signifikant größere sozial bedingte Disparitäten in den Leseleistungen". Das inzwischen erreichte Maß an sozialer Polarisierung in Deutschland ist erschreckend. Dieses müsste ganz oben auf der politischen Agenda stehen, gerade bei der SPD. Wenn die SPD schon unbedingt in eine neue große Koalition will, dann könnte sie als Bedingung ein großes Bildungs- und Infrastrukturprogramm verlangen. Davon ist aber nichts zu bemerken. Im Gegenteil, wie zu hören ist, möchte die SPD an der schwarzen Null nicht rütteln.*

Anmerkung Paul Schreyer: *Wer die Studie genauer studiert, der findet auf Seite 14 diese Passage, aus der hervorgeht, dass Russland weltweit Spitzenreiter bei der Lesekompetenz ist: „Mit einem Leistungsmittelwert von 537 Punkten ergibt sich für Deutschland ein Rangplatz im Mittelfeld (…). Signifikant bessere Leistungen weist aber die große Mehrheit der EU-Staaten auf, nämlich Irland (567), Finnland (566), Polen (565), Nordirland (565), England (559), Lettland (558), Schweden (555), Ungarn (554), Bulgarien (552), Litauen (548), Italien (548), Dänemark (547) und die Niederlande (545). An der Spitze liegen die Russische Föderation (581) und Singapur (576)."*

17. **YouTube baut Inhalte-Kontrolle massiv aus und stockt Zahl der menschlichen Prüfer auf 10.000 auf**
YouTube kämpft schon länger mit ganz ähnlichen Problemen wie Facebook: So ist es offenbar noch immer zu einfach, fragwürdige Inhalte einzustellen, Werbung wird ungewollt in extremistischen Umfeldern ausgespielt und auch die Kritik und der politische Druck nehmen zu. Um diesen Herausforderungen besser begegnen zu können, kündigt die Google-Tochter nun ein Bündel von Maßnahmen an. Unter anderem soll die Zahl der Prüfer im kommenden Jahr auf 10.000 erhöht werden. Neben der menschlichen Komponente soll jedoch auch Googles Expertise bei künstlicher Intelligenz stärker zum Einsatz kommen: Das maschinelle Lernen helfe menschlichen Prüfern, fast fünf Mal mehr Videos zu entfernen, heißt es in einer ausführlichen Ankündigung von YouTube-Chefin Susan Wojcicki. (…) Neben den Bedürfnissen und Forderungen der Werbewirtschaft muss sich YouTube zudem in Deutschland schon sehr bald auf geänderte Rahmenbedingungen einstellen. Denn ab Januar greifen die Vorschriften des sogenannten Netzwerkdurchsetzungsgesetzes, das ein schnelles Löschen rechtswidriger Inhalte vorschreibt.

Quelle: Meedia

18. **Russische Athleten dürfen nur unter neutraler Flagge starten**
Wegen Staatsdopings dürfen bei den nächsten Olympischen Winterspielen keine Athleten unter russischer Flagge antreten.
Das entschied das Internationale Olympische Komitee. Es verzichtete bei der Entscheidung auf einen Komplettausschluss.
Das IOC bestrafte damit das mutmaßlich staatlich orchestrierte Dopingsystem in Russland. […]
In Südkorea wird es keine russische Mannschaft, keine russische Hymne und keine russische Flagge geben. Das russische olympische Komitee ROC wurde suspendiert, russische Sportler dürfen nur als neutrale Athleten starten – wenn sie nachweisen können, dass sie nicht Teil des Dopingsystems waren.
Die Entscheidungen darüber treffen nicht wie vor den Sommerspielen 2016 in Rio die Fachverbände, sondern die neu geschaffene unabhängige Behörde für Doping-Testverfahren ITA.
Quelle: WELT

Anmerkung Jens Berger: *Das ist eine richtige Entscheidung. Aber warum nur die Russen? Warum treten die Österreicher nicht unter neutraler Flagge in Südkorea an? Auch dort gibt es im Wintersport systematisches Doping. Und was ist mit den norwegischen Skilangläufern? Wer glaubwürdig gegen Doping vorgehen will, der darf keine doppelten Standards anlegen.*